**Tageblatt für Politik.**
Unterhaltung. Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38, v. Vorm. 8–5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile ungefähr 8 Silben 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Zur Aufnahme eingesandter Schrift übernimmt keine Verbindlichkeit.
**Fernsprechstelle Nr. 11.**

# Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang. Dresden, 1894.

**Dr. Kadner's Sanatorium**
Niederlössnitz bei Dresden.
Das ganze Jahr geöffnet. Dr. Kadner. Dr. Greif.

Zur Blutreinigung!
**Wühlhuber II.**
nach Pfarrer Kneipp's Vorschrift bereiteter, weit bekannter Blutreinigungsthee, à Packet 50 Pfg.
Ferner alle von Pfarrer Kneipp empfohlenen Hausmittel hält vorräthig und versendet geg. Nachnahme die
**Apotheke z. Storch,**
Dresden,
Pillnitzerstrasse.

**WEIN-Handlung -Stuben** ←
**Portikus** a. d. Markthalle
**Max: Kunath,**
Wallstr. 8.

**C. Heinrich Barthel**
Stroh- und Filzhutfabrik, Putz- und Modewaarenhaus
**30 Waisenhausstrasse 30**
(zunächst der Victoriastrasse)
Täglicher Eingang von **Neuheiten** des In- und Auslandes.

Atelier für feine
**Corsets**
nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle.
**Heinrich Plaul,**
Dresden,
Wallstr. 25.
Teleph. A. I. 167.

**Regenschirme** in grösster Auswahl. Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17.

**Nr. 87.** Spiegel: Deckung der Militärforderungen, Börsenreform. Hofnachrichten, Hofconcert, Gewerbeverein, Osterverkehr, Kegelturnier, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Lichtenberg's Kunstsäle. **Mittwoch, 28. März.**

## An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die **Bestellungen** auf das

**zweite Vierteljahr 1894**

bei dem betreffenden Postamte **baldigst** bewirken zu wollen, da anderenfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen auf das nächste Vierteljahr zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

**Neu- und Abbestellungen**, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

**Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",**
**Marienstraße 38, Erdgeschoß.**

## Politisches.

Trotzdem der Handelsvertrag glücklich unter Dach und Fach gebracht worden ist, trägt die innere Lage nach wie vor den Stempel der Unsicherheit. Der Reichskanzler hat noch ein zweites inneres Düppel zu erstürmen, wenn er sich freie Bahn für seine amtliche Wirksamkeit schaffen will. Es gilt die Klippen der Deckungsfrage zu überwinden, denn noch immer steht das Fragezeichen hinter der Militärvorlage, das sich auf die Mittel und Wege zur Aufbringung der Kosten bezieht. Es ist sogar noch ein zweites hinzugekommen, seit die Börsensteuerkommission die Ceremonie der „Circumcisio", den Akt der Beschneidung an der Regierungsvorlage mit ebenso viel unvermutheter Willigkeit wie negativem Geschick vollzogen hat. Die Schwierigkeit der so geschaffenen Lage spiegelt ihren Verlegenheitsreflex sowohl im Reichskanzlerpalais als auch in den Räumen des Finanzministeriums wieder, da die Deckungsfrage mit der Reichsfinanzreform in organischem Zusammenhange steht. Während aber der preußische Finanzminister wenigstens die Genugthuung hat, zu wissen, daß er einen wesentlichen Fehler bei der Verfolgung seiner finanziellen Reformpläne von Anfang an nicht begangen hat, und er daher seine Hände mit Rücksicht auf die augenblickliche Zerfahrenheit in Unschuld waschen kann, wird sich dem Reichskanzler die bittere Lehre des Satzes fühlbar machen: „Es rächt sich jede Schuld auf Erden". Es war ein verhängnißvoller Fehler, man kann sagen, ein parlamentarisches und finanzpolitisches Unikum, mit einer Vorlage von der volkswirthschaftlichen Tragweite der militärischen Neuorganisation vor den Reichstag zu treten, ohne gleichzeitig einen ausgearbeiteten Plan für die Kostendeckung auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Immerhin war auf Seiten des Reichstages die Möglichkeit vorhanden, durch verständnißvolle Behandlung des Gegenstandes das bei der Einbringung der Vorlage begangene Versehen wett zu machen. Das geschah aber nicht, sondern der Reichstag ließ sich halb von der zahlengewandten Routine der Richter'schen Rechenkunst in's Schlepptau nehmen, halb folgte er den Kassandrarufen über unerträglichen Steuerdruck, die aus der Mitte der Wählermassen hervortönten, und so ist denn das einstweilige Ende vom Liede ein dicker Minusstrich, der die Militärvorlage und Reichsfinanzreform vom Standpunkte der vier Species aus zu negativen Größen macht.

Die brennende Frage ist daher: „Was soll denn nun eigentlich werden?" Die Kosten der Militärvorlage, die aus der Ueberzeugung, daß die Sicherung des Reiches einer abermaligen Verstärkung der nationalen Wehrkraft bedürfe, bewilligt worden ist, müssen aufgebracht werden, so oder so. Wenn nun die Volksvertreter angesichts dieser klaren Nothwendigkeit verdrossen an den Nägeln kauen und in sichtbarem Mißmuthe mit Hängen und Würgen hier und dort einige Fetzen bewilligen, anstatt die finanziellen Konsequenzen ihrer ersten Willensmeinung zu ziehen, so macht dies Verhalten einen keineswegs heroischen Eindruck, sondern erinnert an die wechselvolle Art von Leuten, die nicht recht wissen, was sie wollen. Daß unter diesen Umständen die Gerüchte über Reibungen zwischen dem Reichskanzler und dem Finanzminister wieder neue Nahrung gewinnen, darf nicht Wunder nehmen. In den Herrn Miquel nahestehenden Kreisen schiebt man einen Theil der Schuld an dem Scheitern der Reichsfinanzreform auf den Grafen Caprivi, während die Freunde des Reichskanzlers sich anzudeuten bemühen, daß die laue Vertheidigung des Handelsvertrages durch Herrn Miquel eine gewisse Zurückhaltung auf Seiten des Reichskanzlers gegenüber den finanziellen Reformplänen des Finanzministers menschlich wohl begreiflich erscheinen lasse. Derartige Persönlichkeiten bringen aber die Sache nicht weiter. Sie verschleiern nur noch weiter die bereits mehr als gut in den Hintergrund der öffentlichen Diskussion gedrängten großen Gesichtspunkte, welche zu einer endlichen Regelung des finanziellen Verhältnisses zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten drängen. Dieselben sind bereits des Oefteren erörtert worden, sodaß sich hier eine Wiederholung erübrigt. Nur muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß keine Finanzreform befriedigend ausfallen kann, die mit der Börse wie mit einem Wickelkinde umspringt. Die Hauptfragen, deren Klarstellung einer Finanzreform vorangehen muß, lauten folgendermaßen: „Ist die schärfere Heranziehung des mobilen oder flottanten Kapitals eine Forderung der ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit? Soll der Staat nur den Ertrag dieses Kapitals oder zugleich auch den Umsatz besteuern, indem er den steuerlichen Zugriff auf alle Punkte verlegt, wo das genannte Kapital fluktuirend in die Erscheinung tritt?" In den Reichstagsdebatten vom 23. November und 6. December 1893 wurden diese Hauptfragen eigentlich nur gestreift. Die Redner der freisinnigen Gruppen und der sozialdemokratischen Partei erklärten Namens ihrer Freunde, daß sie an dem Prinzipe der direkten Besteuerung des Einkommens festhielten. Die Freunde der Vorlage beschränkten sich auf einen ebenso kurzen Hinweis auf die staatsrechtlichen Bedenken, welche die Einführung einer direkten Reichseinkommen- und Erbschaftssteuer als aussichtslos erscheinen lassen. Beide Fragen sind schlechtweg zu bejahen. Die Anhänger der Börse beklagen sich darüber, daß die Vertreter dieser Auffassung in der Börse den unerseßlichen Centralpunkt des Erwerbslebens überhaupt träfen. Sie übersehen dabei geflissentlich, daß die Börse die Quintessenz des Erwerbslebens lediglich für den Großhandel und die Großindustrie bildet. Gegenüber dem Kleinbetrieb übt dagegen die Börse einen natürlichen tödtlichen Konkurrenz-Terrorismus aus. Sie unterbindet ihm die Lebensadern, indem sie ihm das Arbeitsfeld nimmt und die Kreditquellen entzieht. Deshalb ist es nöthig, im Interesse unserer gesammten Volkswirthschaft gegen die übermäßige Concentration des Kapitals in der haute banque und im Großbetriebe ein hemmendes Gegengewicht in die Wagschale zu werfen. Das muß mindestens dadurch geschehen, daß das große bewegliche Vermögen, insbesondere jenes riesige papierne Vermögen an Aktien und Handelspapieren, das sich an den Börsenplätzen concentrirt, wirksam mit der Steuerzange erfaßt wird. Die Frage der Börsenbesteuerung ist daher mit dem Berichte der Kommission noch keineswegs abgeschlossen. Sie wird wieder auftauchen, sobald die Reichsfinanzreform in greifbarer Gestalt am Horizonte erscheint. Daß die letztere kommen wird, ist gewiß. Je mehr Widerstand ein finanzieller Reformgedanke, der in sich wirklich berechtigt ist, anfänglich findet, je heftiger die Parteien sich sträuben, von dem alten Köhlerglauben an die Möglichkeit des „Fortwurstelns" nach der bisherigen Façon zu lassen, desto sicherer darf man auf die schließliche Annahme der Idee rechnen, wenn die hin- und herwogenden Fluthen der parlamentarischen Erörterungen sich geglättet haben. Das ist eine alte parlamentarische Erfahrung.

Gerade zur rechten Zeit, um der Frage der Börsenreform einen neuen Anstoß zu geben, wenn auch mit Rücksicht auf die Osterfesttage zur Unzeit, kam aus Berlin die Nachricht, daß die Genossenschaftsbank der Berliner Südwest-Bürgerschaft durch Börsenspekulationen um etwa 400,000 Mk. geschädigt worden ist. Das unerlaubte Spiel an der Börse ist angeblich auf Rechnung eines Verwandten des einen Direktors und eines Mitgliedes des Aufsichtsrathes zu setzen. Ein wesentlicher Betrag der Fehlsumme besteht in Schuldverbindlichkeiten gegenüber verschiedenen größeren Berliner Bankinstituten. Diese sollen sich als Gläubigerinnen der Genossenschaft bereit erklärt haben, ihre Forderungen auf 40 Prozent zu ermäßigen. Diese auffällige Selbstlosigkeit, die übrigens nicht viel besagen will, wenn man bedenkt, daß ja auch die 40 Prozent reiner Spielgewinn sind, erklärt sich wohl aus der Furcht vor der öffentlichen Meinung, deren Animosität gegen die Jobber und ihre Helfershelfer, die man unter anderen Verhältnissen einfach mit dem Namen „Hehler" belegt, in beständigem Wachsen begriffen ist. Wer kann es dem kleinen Manne verdenken, wenn er angesichts solcher Vorkommnisse, die ihn nothwendig in den Glauben versetzen müssen, daß er ungestraft ausgeplündert werden dürfe, die Hand in der Tasche ballt? Der Mittelstand bis hinunter zu dem ganz kleinen Manne (Hausdienern und Dienstmädchen) ist es wieder gewesen, der die Kosten des verbrecherischen Treibens der gewissenlosen Spielbarone zu bezahlen hat. Wer ersetzt den Beraubten nun ihren Schaden, der ihr Alles betrifft, was sie besitzen? Ja, wer verhilft ihnen nur zu einer wirklich nachdrücklichen Sühne an den Verschwendern ihres sauer erwarten Schweißes? Nicht einmal diese moralische Genugthuung wird ihnen zu Theil werden, denn nach dem bestehenden Gesetze sind einige Jahre Gefängniß die höchste Strafe, welche die beiden Raubritter verwirkt haben. Hier ist auch ein Punkt, an dem der Hebel einer organischen Börsenreform mit Erfolg angesetzt werden kann und angesetzt werden muß. Es geht nicht länger an, daß die Schwindler im Großen ein Justizprivileg genießen, indem ihnen, die eigentlich in's Zuchthaus gehören, gewissermaßen die „Rechtswohlthat der Unterschlagung" zu Gute kommt, auf Grund deren sie vergnügt und munter den aus der Gründerperiode her genugsam bekannten „Aermelstreiftanz" ausführen können. Es ist vielmehr eine Forderung des öffentlichen Gewissens, daß endlich einmal auch die einfache Unterschlagung unter erschwerenden Umständen mit Zuchthaus bestraft wird. Die erschwerenden Umstände würden aus einer Abwägung des Grades des Vertrauensbruches, der Höhe der veruntreuten Summen und der wirthschaftlichen Folgen der Veruntreuung für die Benachtheiligten entweder nach freiem richterlichen Ermessen zu bestimmen sein oder es müßte eine direkte Vorschrift auf die kreditmäßige Uebergabe von Geld- und Werthpapieren gemünzt werden. Mögen die nationalen Parteien die Gelegenheit der bevorstehenden Berathung der Justiznovelle benutzen, um auch diesen Punkt zur Sprache zu bringen, damit endlich einem großen Theil des Publikums, der seine angelegten Ersparnisse mit saurer Arbeit erworben hat, von seiner bisherigen Schutzlosigkeit, die zahlreiche Existenzen an den Bettelstab gebracht und der Sozialdemokratie in die Arme getrieben hat, abgeholfen werde.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 27. März.

**Berlin.** Wegen Rekrutirung des Heeres 1894/95 hat der Kaiser eine Ordre erlassen, welche Bestimmungen hinsichtlich der Entlassung der Reservisten und der Einstellung der Rekruten trifft. Der späteste Entlassungstag ist der 29. September 1894. Mit der Entlassung der Reservisten im Herbst d. J. ist die zweijährige Dienstzeit durchgeführt. — In Berlin hat heute die 19. Delegirtenversammlung des Deutschen Realschulmänner-Vereins ihren Anfang genommen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Rektor Dr. Köhlemann-Döbeln gewählt. Aus den Verhandlungen ist zu erwähnen, daß man die Zeit der Umwandlungen der Realgymnasial-Anstalten in der Hauptsache für abgelaufen hält. Zur Zeit der letzten September-Konferenz des Vereins bestanden 87 Realgymnasien und 84 Realprogymnasien. Von diesen sind bis heute 13 bez. 14 umgewandelt worden. — Durch die Blätter lief dieser Tage die Nachricht, daß für die Krieger, welche den Feldzug 1870/71 gegen Frankreich mitgemacht haben, eine 25jährige Erinnerungsmedaille aus französischer Geschützbronce gestiftet werden würde. Die „Kreuzztg." bemerkt dazu, sie habe nirgends eine Bestätigung dieser schon von Haus aus wenig glaubwürdigen Nachricht gefunden. — Die Verhandlung gegen den Freiherrn v. Thüngen-Roßbach wegen Beleidigung des Reichskanzlers Grafen Caprivi, für welche der Termin zum 27. ds. angesetzt war, wurde abermals und zwar auf Ansuchen des Freiherrn v. Thüngen vertagt, da für diesen Tag die Wahl des unterfränkischen Großgrundbesitzes zum Landrath festgesetzt ist. — Nach dem Inkrafttreten des russischen Handelsvertrages ist von Vertretern der preußischen und russischen Staatsbahnen für die zehn Jahre ein Vertrag vereinbart worden, wonach die Einführung direkter Tarife für Waarensendungen aus Rußland nach Königsberg, Danzig und Memel wie in umgekehrter Richtung erfolgt.

**Berlin.** Am Sonnabend fand im Grunewald ein Pistolenduell zwischen einem Berliner Thierarzt und dem Arzte eines bekannten böhmischen Badeortes statt. Der Thierarzt, welcher herausgefordert war, erhielt einen Schuß in den Unterleib, doch ist Hoffnung auf seine Wiederherstellung vorhanden. Als seine Frau Kunde von dem Geschehenen erhielt, machte sie einen Selbstmordversuch und verfiel darauf in ein heftiges Nervenfieber. — Der 18jährige Luftschiffer Otto Merkel aus Leipzig ist gestern in Velten bei einem Aufstieg in einem mit heißer Luft gefüllten Ballon infolge Platzens desselben verunglückt. Er stürzte auf das Dach eines Hauses, wobei ihm beide Beine zerschmettert wurden und er schwere innere Verletzungen erhielt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

**Köln.** Der „Köln. Volksztg." wird aus Rom gemeldet, daß im Vatikan Verhandlungen über die Errichtung neuer rheinischer Bisthümer in Aachen und Xanten gepflogen werden. — Die „Köln. Ztg." meldet aus Petersburg, der russische Thronfolger werde bei der Hochzeit des Großherzogs von Hessen in Koburg einer der Brautführer sein und die Prinzessin Alice von Hessen führen. Diese Nachricht gebe zu allerlei Vermuthungen Anlaß.

**Braunschweig.** Der Prinzregent ist heute früh von hier zu mehrwöchentlichem Aufenthalt nach Baden-Baden abgereist.

**Wien.** Der sozialdemokratische Parteitag beschloß: Sobald die Wahlbewegung beginnt, treten die Sozialdemokraten in den Massenausstand mit ein.

**Pest.** Der Abt Kopper in Neuatz verweigerte die Aufhissung der Trauerfahne auf der dortigen katholischen Kirche, infolgedessen sind 240 Katholiken zur reformirten Konfession übergetreten.

**Abbazia.** Das Kaiserpaar bereitete gestern Nachmittag den 250 Schiffsjungen der „Moltke" eine große Festfreude durch Veranstaltung eines Ostereiersuchens im Walde. Die Prinzen trugen kleine Körbe, die Dienerschaft schleppte größere herbei, und die Schiffsjungen mußten sich weit in den Wald zurückziehen. Die Prinzen und die Herren des Gefolges versteckten Eier und Südfrüchte unter Sträuchern und Gestein. Es ertönte das Signal „Sammeln", und von allen Seiten strömten die Schiffsjungen herbei und suchten unter Lachen und Scherzen die versteckten Schätze. Auch auf die Bäume hatte der Osterhase Eier gelegt, und es entstand ein Wettklettern, was besonders große Heiterkeit erregte. Es dauerte nicht lange und der Platz war völlig abgesucht. Nunmehr kamen die üblichen heimathlichen Spiele an die Reihe. Dem Sieger überreichte einer der Prinzen den Preis, der meist in einer Apfelsine bestand. Zuerst wurde Sack gehüpft, Seil gezogen, Blindekuh gespielt, „Schaut euch nicht um, der Plumpsack geht 'rum". Es wurde gerungen, gesprungen, geklettert, gelaufen u. s. w., und mit den Schiffsjungen amüsirten sich die Prinzen, die sich auch an dem Wettlaufen selbst betheiligten. Zum Schluß warf der Kaiser wiederholt Apfelsinen in den Haufen der Schiffsjungen hinein, und es entstand ein Balgen, Drängen und Stoßen nach der heißbegehrten Frucht. Als der Aufbruch erfolgte, hielt der Kapitän zur See Koch eine kurze Ansprache, die in einem jubelnd aufgenommenen dreifachen Hoch auf den Kaiser gipfelte.

**Paris.** Da die Wallfahrten zu Vaillant's Grabe nicht aufhörten, ließ die Regierung den Grabhügel abtragen, die Stelle gleich machen und mit Kies beschottern. — Der französische Arbeitertag beschloß gestern gegen den Widerspruch einer ansehnlichen Minderheit, sich der sozialistischen Gesammtpartei anzuschließen.

**London.** Der Afrikaforscher Cameron stürzte mit dem Pferde bei der Rückkehr von einer Jagd und starb wenige Stunden darnach.

**Petersburg.** Amtlich wird gemeldet, daß vom 16. (28.) April ab die am 11. (23.) August 1893 speziell erlassenen Eisenbahntarife zur Getreideausfuhr nach der rumänischen und österreichischen Grenze wieder auf den allgemeinen Stand gebracht werden.

**New-York.** Einer Meldung aus Rio de Janeiro zufolge weigert sich die portugiesische Regierung, die brasilianischen Flüchtlinge an Peixoto auszuliefern. — Präsident Cleveland hat eine Botschaft vorbereitet, in welcher gegen den Antrag auf Ausprägung des von der Prägegebühr herrührenden Silbers Veto eingelegt wird.

**Die Berliner Börse** eröffnete fest und belebt auf Zwangsdeckungen für den insolventen Frankfurter Makler Lenheim. Besonders rege wurden Kreditaktien und Diskontantheile gehandelt, die über 1 Proz. anzogen. Dresdner Bank gewannen fast 2 Proz., Deutsche Bank 1 Proz. In Hüttenwerthen fanden im Zusammenhang mit der erwähnten Insolvenz starke Deckungen statt, dagegen trat in Kohlenaktien starkes Angebot hervor. Von Eisenbahnen deutsch-östliche Buschtiehrader und Elbethal gedrückt, schweizerische gut gefragt, ebenso italienische. Dynamit-Aktien 3 Proz. höher auf Dividenden-Gerüchte und Gerüchte bezüglich einer in Aussicht

Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79. [illegible] sterilisirte (keimfreie) Kindermilch. Trockenfütterung.

SLUB
Wir führen Wissen.